Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/914

PHYSIO DEUTSCHLAND

Deutscher Verband für Physiotherapie (ZVK) e.V.

Geschäftsstelle Köln:
Postfach 21 02 80
50528 Köln
Telefon 02 21/98 10 27-0
Telefax 02 21/98 10 27-25

Anschrift für Paketsendungen:
Deutzer Freiheit 72-74
50679 Köln
info@physio-deutschland.de
www.physio-deutschland.de

Bankverbindung:
Sparkasse Köln Bonn
IBAN DE66 3705 0198 0007 8320 74
BIC COLSDE33

St-Nr. 214/5869/0040
UST-ID DE122662687

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss

per mail: sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Köln, 1. Mai 2018

Schriftliche Anhörung des Sozialausschusses zum Thema Gesundheitsfachberufe

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst danken wir dem Sozialausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags für die Gelegenheit, zu den vorliegenden Anträgen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie FDP Stellung zu beziehen.

I. Antrag der Fraktion der SPD: Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen schulgeldfrei gestalten

Diese Forderung ist mehr als berechtigt und überfällig. Es ist z.B. ein Unding, dass unsere Universitäten und staatlichen Hochschulen alle Studiengänge und so auch das Medizinstudium kostenlos anbieten, die Ausbildung zu den Heilmittelberufen wie Ergotherapeuten, Logopäden, Masseuren/med. Bademeister, Physiotherapeuten und Podologen usw. aber bis auf wenige Ausnahmen schulgeldpflichtig ist: die Berufsfachschulen in Schleswig-Holstein berechnen Schuldgeld bis zu EUR 600, und zwar monatlich (!).

Aufgrund der demografischen Entwicklung steigt der Bedarf an Physiotherapie stetig. Die Bevölkerung wird älter und leider auch kränker. Dem steigenden Therapiebedarf steht ein nachgewiesener und rasant zunehmender Fachkräftemangel in der Physiotherapie gegenüber. Offene Stellen bleiben durchschnittlich 151 Tage unbesetzt. Immer weniger junge Leute starten mit der Ausbildung und viele steigen nach wenigen Berufsjahren und teilweise sogar bereits während der Ausbildung (siehe hierzu Studie der HS fresenius 2017) aufgrund zu geringer Verdienstmöglichkeiten und zu hoher Arbeitsbelastung wieder aus dem Beruf aus. Das alles sind keine guten Voraussetzungen, um eine flächendeckende und wohnortnahe therapeutische Versorgung in Deutschland sicherzustellen.

Schon heute gibt es nachweislich Versorgungslücken. Patienten erhalten zu spät, nicht ausreichend oder gar keine Physiotherapie. Und das, obwohl Physiotherapie Arbeitsfähigkeit erhält, Pflege vermeidet und Lebensqualität verbessern kann. Tatsachen, die die Politik durch gezielte gesetzgeberische Maßnahmen verbessern kann – und zwar zum Wohle der Patienten.

Aus diesem Grund steht auch die kostenfreie Ausbildung der Gesundheitsfachberufe bereits im Koalitionsvertrag.

II. Alternativantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis ´90/Die Grüne und FDP: Gesundheitsfachberufe fördern

Tatsache ist, dass der steigende Versorgungsbedarf im Bereich der Physiotherapie nur gedeckt werden kann, wenn es ausreichend Fachkräfte gibt. Dem Fachkräftemangel im Bereich der Physiotherapie kann die Politik nur mit einem Bündel von konkreten Maßnahmen entgegenwirken. Neben einer angemessenen Vergütung für alle bereits tätigen Physiotherapeuten, braucht es dafür eine kostenfreie Ausbildung. Bei dieser Gelegenheit auch ein Wort zur Akademisierung der Heilmittelberufe: Unabhängig von der Frage, ob und ggf. bis wann eine flächendeckende Akademisierung der Ergotherapeuten, Logopäden, Physiotherapeuten usw. angestrebt wird, gibt es heute viel zu wenig akademische Ausbildungsplätze, um zumindest das Zwischenziel von 10-20% akademischen Nachwuchses (so der Wissenschaftsrat in seinen „Empfehlungen zur hochschulischen Qualifikation für das Gesundheitswesen“ am 13.7.2012) zu erreichen. Aktuell stehen in Schleswig-Holstein nur 2 Studienstandorte (Lübeck = primärqualifizierend und Kiel = ausbildungsintegrierend) zur Verfügung. Hier besteht also dringender Handlungsbedarf.

Angesichts des drohenden Fachkräftemangels in den o. g. genannten Berufen sind beide Maßnahmen geeignet und notwendig, die Attraktivität der Berufe zu steigern.

Nach alledem bitten wir, den Anträgen stattzugeben. Im Übrigen schließen wir uns der Argumentation unseres Landesverbandes Hamburg/Schleswig-Holstein vollumfänglich an.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Preibsch
stv. Vorsitzender